

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Fußball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

MACHT DIE MASSEN MOBIL

8. Jahrgang Dresden, Freitag den 5. August 1932 Nummer 175

Sondergerichte und Todesstrafe

Die Papen-Schleicher-Gahl-Regierung plant überraschende Verkündung einer neuen Notverordnung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und gegen alle Antifaschisten

Berlin, 5. August 1932. (Eig. Bericht).

Die Reichsregierung hielt gestern unter dem Vorsitz des Innenministers von Gahl eine Sitzung ab, in der die Anwendung verschärfter Maßnahmen erörtert wurde. Die Regierung beschloß, eine Notverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten und die Einführung verschärfter Strafbestimmungen — wie es heißt sogar bis zur Todesstrafe — „bei Massenbühnen und Terroraktionen“ herzusetzen. Diese Verordnung soll noch nicht erlassen, sondern es soll zunächst noch abgewartet werden. Inzwischen sollen polizeiliche Maßnahmen in hohem Maße durchgeführt werden. Die kommunistische preussische Regierung hat gestern unter dem Vorsitz von Braht solche polizeiliche Maßnahmen besprochen.

Wie verlautet, ist insbesondere beabsichtigt, grobe Hausdurchsuchungen nach Waffen in ganzen Wohnvierteln vorzunehmen.

Selbst die bürgerliche Presse muß zu diesen Plänen des Reichsministers erklären, daß sie sich in ihrer praktischen Durchführung lediglich gegen die revolutionären Arbeiter und gegen alle Antifaschisten richten werden. So muß die kapitalistische „Völkische Zeitung“ über die Tätigkeit dieser Sondergerichte das folgende halbe Eingangsstatement machen:

„Es kommt nicht nur auf die Verordnungen an, sondern auch auf die Weise ihrer Durchführung. Wenn es wirklich geschehen ist, daß Nationalsozialisten wegen des gleichen Vergehens ungleich gelinder bestraft werden, als Angehörige anderer Parteien, so trägt das nicht zur Verhütung bei.“

In welchem Maße den Nazis tatsächlich größte Schonung zu teil wird und in welcher Weise

die mordenden faschistischen Banden geradezu für noch schlimmere Entfaltung ihres Terrors ermutigt werden, das zeigt sich in gerade gegenwärtig wieder in Aktion befindlichen, um nur eines der vielen Beispiele, die sich in diesem Zusammenhang aufzählen ließen, herauszugreifen.

Dort haben die verterrichten SA-Banden ihr schändliches Hauptquartier in revolutionären Arbeitern und kommunistischen Funktionären selbst nach dem Eingangsbericht der Nazi-Presse mit solcher Brutalität verübt, daß selbst in breiten Kreisen des Bürgertums, abgesehen von der bis zur Gedächtnisgrenze gelangten Entwertung der Arbeitermassen, Entrüstung und Abscheu vor dem mordenden Nazi-Geheißel Platz griff. Die Nazi-Presse, wie der „Sächsische Arbeiterkampf“, vermag trotz dieser Vorkämpfer noch selbst von ihr bestärkten Tatsachen abzuwenden und frech zu behaupten, daß die Königsberger Polizei ihr besonderes Augenmerk in den letzten Tagen der kommunistischen Bewegung auf die Unterdrückung gegen die Nationalsozialisten ergehen hat, daß es sich nur um verhältnismäßig geringfügige Verstöße handelt, die nicht als Dummheitsjünglinge zu bewerten sind.“

So verübt die Nazi-Presse die abscheulichen Missetaten der SA zu bagatelisieren. Die Polizeibehörden nehmen die von den Nazis durchgeführten Mordaktionen ihrerseits aber tatsächlich zum Anlaß, um die Unterdrückung der Arbeitermassen zu verschärfen. Daraus ist ersichtlich,

mit welchem Bedacht die Nazibanditen bei ihrem mörderischen Terror zu Werke gehen, um der Papen-Schleicher-Gahl-Regierung den Anlaß zu stets weiterem Ausbau ihrer faschistischen Diktaturmaßnahmen zu bieten.

Das muß im Zusammenhang mit dem neuen Plan der Reichsregierung, mit der beschleunigten Einführung der Sondergerichte nach dem Muster der den revolutionären Arbeitern nach gut in der Erinnerung haftenden Sondergerichte von 1923 und der Einführung der Todesstrafe klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht und von allen Arbeitern ebenso klar erkannt werden.

Dah die Reichsregierung mit der Einführung dieser Maßnahmen nicht lange auf sich warten lassen wird, geht schon aus den Bemerkungen der bürgerlich-faschistischen Presse hervor, die die Papen-Schleicher-Gahl-Regierung, sie sollten es nicht so lange nur bei der Drohung bewenden lassen.“ In diesem Horn tut auch die sich offensichtlich mit den Nazis solidarischierende Dresdner bürgerliche Presse, vornehmlich der „Dresdner Anzeiger“.

Auf alle Fälle gilt es zu erkennen: Die überraschend von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen sind ein neuer Schlag der faschistischen, mit Hitler verbündeten Papen-Schleicher-Regierung gegen die Arbeiterklasse.

Schon jetzt muß ein Sturm des Protestes der Betriebe und Stempelstellen die Antwort aller Arbeiter ohne Unterschied werden.

Textilarbeiterstreik in Baden

Ökologische Textilproleten folgt dem Beispiel eurer Badener Kollegen

Mannheim, 3. August 1932. (Eig. Drahtbericht).

Im oberbadischen Textilgebiet sind die ersten Streikämpfe ausgebrochen. In Pforzheim trat die 250 Arbeiterinnen und Arbeiter zählende Belegschaft der Sax-Union in den Streik, in Zell im Wiesenthal die 350 Arbeiterinnen und Arbeiter zählende Belegschaft der Spinnerei und Weberei Weg. Beide kämpfen gegen den Lohnabbau von 2 Pfennig die Stunde, der jetzt durchgeführt werden sollte unter Berufung auf den entsprechenden Schiedsspruch vom 3. Mai. Der Textilbundesrat in Pforzheim hatte alle Mägen springen lassen, um den Kampf in der Sax-Union zu verhindern. Die Belegschaft folgte ungeachtet der „Mahnungen“ und Drohungen der reformistischen Bonzen dem Rufe der KPD.

So müssen auch die in der sächsischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen handeln, denen die Textilarbeiter die Lohn- und Mantelstarke gekündigt haben. Auch für sie gilt die Losung: Kampf in die Gegenoffensive überzugehen, Kampfanführer in allen Betrieben zu wählen und in revolutionärer Einheitsfront zum Streik zu schreiten.

Die „Dresdner Volkszeitung“ meint:

„Die Nazis sollen zeigen was sie können“

Der Dresdner Volkszeitung und der ganzen SPD-Presse bereitet die Frage: „Wer wird regieren?“ ungemein viel Kopfschmerzen. Nach der schon vom Lobe in der Dresdner Volkszeitung propagierten Duldung einer Nazi-Zentrums-Regierung meint die Volkszeitung gestern noch deutlicher:

„Die meisten ihrer Wähler (der KPD, d. Kd.) würden es nicht begreifen, wenn Hitler und die seinen jetzt nicht die Gelegenheit benützen um zu zeigen, was sie können.“

Das ist die unabweisbarste ideologische Vorbereitung und Einstellung der sozialdemokratischen Leiter auf die Einbeziehung der Nazis in die Regierung.

SPD-Arbeiter erkennt diese Einstellung der Dresdner Volkszeitung für die Nazi-Partei.

Macht Schlag mit diesen Vorbereitern des Hitlerregimes, kämpft mit uns in der antifaschistischen Aktion.

Zentrum für Naziregierung

Berlin, 5. August (Eig. Drahtber.)

Der Arbeitsminister der Brüningregierung, der Zentrumsmann Siegerwald, gab einem Vertreter des Partes „Özellier“ eine Unterredung. Er erklärte dann u. a., daß er sich zu einer Koalition des Zentrums mit den Nationalsozialisten nicht absehend verhalte.

Antikriegsdemonstration im roten Sechtviertel Dresden

„Dresdner Anzeiger“ jammert: „Vom Burgfrieden ist nicht viel zu spüren“

Am gestrigen Tage, am 4. August, diesem historischen Tage jahreswiederholter Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichsversammlung, kam es in vielen Teilen des Reiches und auch in Dresden zu Antikriegsdemonstrationen der Arbeiter.

In Dresden demonstrierten die Arbeiter, revolutionäre Arbeiter, und Losungen verkündend durch einige Straßen der Altstadt durch das Gebiet des roten Secht. Dort wurden die Demonstranten auf das lebhafteste von der Arbeiterbevölkerung begrüßt. Die Demonstration sollte sich auf, nach dem ein Überfallkommando erschien.

Offenbar unter dem Eindruck solchen Vorkommens der Arbeiter sieht sich der Dresdner Anzeiger von heute im Zusammenhang mit der Stellungnahme zu den beschleunigten neuen Maßnahmen der Reichsregierung bemüht, zu wehklagen: „Von dem verbotenen Burgfrieden ist ja doch nichts zu spüren.“

Hamburg, 5. Aug. (Eig. Drahtber.)

Selbst am Abend fanden in Hamburg in verschiedenen Stadtteilen spontane Demonstrationen statt gegen den imperialistischen Krieg. Die Hafenarbeiter demonstrierten im Hafenort, wo sich ihnen Polizei mit gezogenem Revolver entgegenstellte. Große Demonstrationen bildeten sich ferner in der Osterstraße, sowie in Alsterwedder wo Polizei eingriff und in St. Pauli.

Die Meldungen aus den sächsischen Provinzen zeigen, daß schon vor dem 1. August in allen Landesteilen der Tschedallowsch trotz umfangreicher behördlicher Maßnahmen Kundgebungen und Demonstrationen der Arbeiter stattgefunden haben. So demonstrierten in Nord- und Westböhmen während der An-

antikriegswoche in 20 Orten 16.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Bratislava betrug die Teilnehmerzahl bei einer öffentlichen Kundgebung 1000 Arbeiter. Auch in zahlreichen Kavernen wurden Antikriegsflugblätter verteilt.

Nazi-„Freiheitskampf“ bestialisch!
Königsberger Mordhelden sind Nazibanditen! (Siehe im Innern unserer heutigen Ausgabe)

Dresdner SPD-Arbeiter macht 2 Aufnahmen für die KPD

Mit seiner Aufnahme — „das wird auch noch ...“

Am Donnerstag erschien ein SPD-Arbeiter auf dem Parteibüro der KPD in Dresden und überbrachte zwei Aufnahmen für die KPD, die er getätigt hatte. Auf die Frage unserer Genossen, die ihn nicht kannten, aus welcher Zelle er komme, antwortete er:

„Ich bin noch nicht Mitglied der KPD, aber für die Sozialdemokratische Partei kann ich nicht werden.“ Auf Befragen, warum er noch nicht in der KPD sei, gab er zur Antwort: „Das wird auch noch!“ Genossen, an diesem Beispiel erkennt ihr, wie hart die Sympathien in den Kreisen der SPD-Arbeiter für die kommunistische Partei sind. Diskutiert mit ihnen! Gewinnt ihr für den antifaschistischen Massenkampf; gewinnt die KPD den Kommunismus!